

# umf solidarity (Netzwerk Solidarität mit geflüchteten Jugendlichen)

Kontakt: umfsolidarity@gmx.de

Rede zuerst gehalten am 7.12.2015 vor der Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg, Originalfassung, der Redebeitrag am 10.12. ist verkürzte Fassung des folgenden Texts

Redebeitrag UMF-Solidarity auf Demo am 10.12.2015

Wir freuen uns sehr, dass so viele auf die Straße gekommen sind um gegen die Asylpolitik zu protestieren und die Rechte von geflüchteten Menschen einzufordern!! Wir sind vom Netzwerk "Solidarität mit geflüchteten Jugendlichen". Wir sind eine Gruppe von ehemaligen Betreuer\_innen aus Frankfurt. Die Jugendlichen, mit denen wir in Kontakt stehen und uns regelmäßig austauschen, sind seit November in verschiedene Einrichtung in Hessen verlegt worden. Heute werden wir jedoch nur stellvertretend über die Situation der Unterbringung der Jugendlichen berichten, da diese nicht hier sind, da sie bereits Repressionen auf ihren Protest erfahren haben, aber auch langfristige Repressionen befürchten, wenn sie ihre Rechte hier einfordern würden.

Soweit wir von verschiedenen Seiten mitbekommen haben gibt es recht große Unterschiede in den Einrichtungen. Das betrifft die Versorgung, die Betreuung aber auch die grundsätzliche Einstellung mit der den geflüchteten Jugendlichen begegnet wird.

Im Allgemeinen gilt aber laut dem Sozialgesetzbuch, 8tes Buch, Artikel 45 Kinder und Jugendhilfe: Im SGB, VIII, §45 heißt es:„(2) Die Erlaubnis [für den Betrieb einer Einrichtung] ist zu erteilen, wenn das Wohl der Kinder und Jugendlichen in der Einrichtung gewährleistet ist. Dies ist in der Regel anzunehmen, wenn 1. die dem Zweck und der Konzeption der Einrichtung entsprechenden räumlichen, fachlichen, wirtschaftlichen und personellen Voraussetzungen für den Betrieb erfüllt sind, 2. die gesellschaftliche und sprachliche Integration und ein gesundheitsförderliches Lebensumfeld in der Einrichtung unterstützt werden sowie die gesundheitliche Vorsorge und die medizinische Betreuung der Kinder und Jugendlichen nicht erschwert werden sowie 3. zur Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in der Einrichtung geeignete Verfahren der Beteiligung sowie der Möglichkeit der Beschwerde in persönlichen Angelegenheiten Anwendung finden.“

Wir sind heute hier um über die Unterbringung in Groß-Umstadt zu sprechen, für die das Jugendamt Darmstadt-Dieburg verantwortlich ist.

Dass diese Grundsätze nicht eingehalten werden und vielmehr von Kindeswohlgefährdung und Vernachlässigung gesprochen werden muss, zeigen die Bedingungen, wie sie nun seit eineinhalb Monaten in Groß-Umstadt anzutreffen waren und teilweise immer noch sind.

Seit Mitte Oktober 2015 wurden geflüchtete Jugendliche aus unterschiedlichen Notunterkünften in Frankfurt nach Groß-Umstadt verlegt. Sie sind in eine Einrichtung gekommen, die kaum darauf vorbereitet war. Das Jugendamt Darmstadt-Dieburg hat die vier privaten Träger Mäander GmbH, NRD Orbis Höhe GmbH, St. Joseph GmbH und Mobile Praxis GmbH mit der unmittelbaren Betreuung und Versorgung beauftragt. Sie sind dieser Verantwortung aber nicht ausreichend nachgekommen und die bereitgestellten Gelder für den Aufbau einer soliden Betreuungs- und Versorgungsstruktur sind bisher nicht bei den geflüchteten Jugendlichen angekommen.

In den darauffolgenden Wochen folgten weitere Zuweisungen, obwohl es teilweise nicht genug zu Essen gab, selten Betreuung und kaum Security vor Ort war. Die Jugendlichen waren sich selbst überlassen. Sie berichteten, dass vereinzelt Jugendliche, die schon länger dort waren, sich Selbstverletzungen zugefügt hätten. Anfang November begannen die Jugendlichen geschlossen einen

Hungerstreik, wurden aber nach zwei Tagen dazu gedrängt wieder zu essen. Eine Gruppe von Jugendlichen ist daraufhin aus Angst und Protest wieder zurück nach Frankfurt in die vorherige Notunterkunft zurückgekehrt - wie auch in der FAZ berichtet wurde. Trotz der Schilderung der Umstände und der Inkenntnissetzung des Jugendamts Frankfurt, wurden die Jugendlichen abermals dorthin verlegt, ohne dass sich die Zustände verbessert hatten.

Der Pfarrer Herr Schlaud sowie zwei weitere Personen reichten aufgrund dieser Verlegungspraxis Klagen gegen das Jugendamt Frankfurt ein. Sie argumentiert mit der Verletzung von Kinderrechten und dem Jugendschutzgesetz. Parallel dazu informierte eine weitere Privatperson die Jugendämter Frankfurt und Darmstadt-Dieburg, den Kreistag wie auch der Landrat Darmstadt-Dieburg und der Bundesfachverband für unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge. Es erfolgte ein Lippenbekenntnis, aber keine Besserung der Situation.

Mitte November haben sich dann 3 der Jugendlichen mit Rasierklingen an Armen und Hals selbst schwer verletzt. Der Polizei- und Notarzteinsatz wurde von den Jugendlichen dokumentiert und es gibt auch Bilder von einem der Verletzten. Die Jugendlichen waren von dem Vorfall sehr verstört und blieben damit aber sich selbst überlassen. Es erfolgte keine psychologisch Betreuung weder derjenigen, die sich verletzt hatten noch der anderen die es mitbekommen hatten. Es wurde lediglich das Aufgebot des Securitypersonals erhöht. Als einer der Jugendlichen, nachdem seine Wunden im Krankenhaus genäht waren, in die Einrichtung zurückkam, wurde ihm Hausverbot erteilt und mit der Polizei gedroht. Er wurde von seiner vormaligen Einrichtung in Frankfurt in Obhut genommen bis sich das Jugendamt dann um seine Verlegung kümmerte. Diese Reaktionen des Jugendamts kritisieren wir aufs Schärfste. Solch ignoranten Verhalten und jene bewusste Vernachlässigung in dieser Situation gleicht einer Kindeswohlgefährdung.

Das Jugendamt nahm keine Stellung zu dem Vorfall. Auch in den Einsatzberichten der Polizei tauchte dieser zunächst nicht auf. Erst eine Woche später wurde vom Landkreis Darmstadt-Dieburg eine beschönigende Aussage getroffen: die Jugendlichen hätten sich "leichte, oberflächliche Schnittverletzungen" zugefügt. Dieser Bericht wurde in derselben Form dann später vom Polizeipräsidium Südhessen übernommen - es gab also eine Absprache bezüglich Interpretation und Dokumentation des Vorfalls.

Die Selbstverletzungen wurden von einem der Jugendlichen wie folgt beschrieben: "Wir haben keine andere Möglichkeit mehr gesehen, um auf unsere ausweglose Situation aufmerksam zu machen". Dieser Hilferuf nach dringender Verbesserung der Versorgung und Betreuung wurde vom Jugendamt DarmstadtDieburg zynisch kommentiert. Indem sie gegenüber der Presse den Jugendlichen die Forderung nach "Einzelzimmer mit Fernseher" unterstellten.

Wir, die die Jugendlichen kennen, sind über die Reaktion des Jugendamtes empört. Wir leiteten die Berichte und Tagebucheinträge der Jugendlichen an alle relevanten Behörden sowie an das Sozialdezernat Frankfurt weiter. Jegliche Reaktion blieb jedoch aus.

Einige von uns haben die Jugendlichen privat in Groß-Umstadt besucht und damit versucht, das Betreuungsdefizit und die mangelnden Ansprechpersonen auszugleichen. Eine Journalistin berichtet, dass sie sogar unter Druck gesetzt wurde als sie der Sache nach ging.

Das Betreuungs- und Übersetzungspersonal in Groß-Umstadt wurde nicht aufgestockt, stattdessen wurden mehr Securityfachkräfte eingesetzt, die jedoch auch Besuch verhindern sollten. Eine Besucher\*innengruppe wurde sogar vom Jugendamtleiter Otto Weber mit 7 Sozialarbeiter\_innen persönlich raus geworfen, als sie unangenehme Fragen stellten und Fotos von den Zuständen machten. So viel Betreuungspersonal hatten die Jugendlichen dort noch nie auf einmal gesehen. Mittlerweile wird ein polizeiliches Führungszeugnis sowie eine Voranmeldung von zwei Wochen für Besuche verlangt.

Diese Beobachtungen unzureichender Versorgung und Fürsorge der Jugendlichen, die völlig inadäquate Reaktion auf die Selbstverletzungen und die Repressionen von privatem Engagement, der Arbeit von Journalist\_innen und dem Aufbegehren der Jugendlichen haben uns zu dieser Protestkundgebung veranlasst. Wir fordern gemeinsam mit den Jugendlichen, dass ihre Situation öffentliche Aufmerksamkeit erhält! Wir wehren uns gegen die Strategie der Isolation und des Unsichtbarmachens! Wir fordern die Rechte ein, die ihnen laut dem Jugendschutzgesetz zustehen!!

Wir fordern Aufklärung über die Gründe der bisherigen Vernachlässigung und verlangen, dass das Jugendamt zur Rechenschaft gezogen wird! Wir fordern mit hoher Dringlichkeit das Jugendamt Darmstadt-Dieburg und die privaten Träger auf, sofortige Verbesserungen weiter umzusetzen.

Das heißt konkret:

- Nutzung des vollständigen Budgets für die vorgesehenen Zwecke (Essen, Kleidung, Freizeit, Deutschunterricht etc.)
- Einstellung von Übersetzer\_innen
- Durchgehende Tagesbetreuung und Ansprechpersonen (Betreuungsschlüssel 1:40 oder 1:30 widerspricht den Standards!!)
- Notfallnummer für die Zeiten, in denen keine Betreuung im Haus ist
- Medizinische Versorgung (mit Übersetzung!)
- Verbesserung der hygienischen Zustände (Putzkräfte oder Putzplanstruktur mit Jugendlichen aufbauen)
- Eine geregelt Alltagstruktur
- W-Lan im Haus (seit 2 Monaten versprochen, wichtigstes Kommunikationsmittel)
- Unterstützung bei der Familienzusammenführung
- Freizeitmöglichkeiten
- Mitbestimmungsmöglichkeiten Wir heißen es sehr willkommen, dass einige der Jugendlichen letzte Woche zum ersten Mal Deutschkurse erhalten haben und nehmen diese Veränderung zum Anlass auf Hoffnung, dass der in den letzten Wochen aufgebaute öffentliche Druck nun tatsächlich zu Verbesserungen für die Jugendlichen führt!

Wir werden die Entwicklungen in Groß-Umstadt und in anderen Einrichtungen auch in Zukunft begleiten und die Rechte der Jugendlichen einfordern!!

Kommt oder meldet euch bei uns: [umfsolidarity@gmx.de](mailto:umfsolidarity@gmx.de)